

Iran: Gefährdung politisch aktiver kurdischer Personen

Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse

Bern, 27. September 2018

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen
Deutsch, Französisch

Copyright
© 2018 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Wie verhalten sich die iranischen Behörden gegenüber kurdischen Personen, welche verdächtigt werden, die Unabhängigkeit Kurdistans zu unterstützen, respektive welche verdächtigt werden, in Iran politisch aktiv zu sein?
2. Ist in Iran für kurdische Personen, welche politischer Aktivitäten angeklagt werden, ein faires Gerichtsverfahren gewährleistet?
3. Welche Bestrafung droht einer kurdischen Person, die wegen politischer Aktivitäten verhaftet wurde?
4. Welche Bestrafung droht bei Desertion?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die der SFH derzeit zur Verfügung stehen, sowie auf den Informationen von sachkundigen Kontaktpersonen.

2 Gefährdung politisch aktiver kurdischer Personen

Geheimdienst, Revolutionsgarde und Polizei in kurdischen Gebieten präsent; Überwachung. Laut Bericht des *Danish Refugee Council* (DRC) und des *Danish Immigration Service* (DIS) aus dem Jahr 2018 sind Geheimdienst und Polizei in den kurdischen Gebieten in Iran präsent. Dies treffe bis zu einem gewissen Grad auch auf die Revolutionsgarde zu. Einzelne kurdische Personen und kurdische Gruppierungen befänden sich unter konstanter Überwachung. Allgemein sei es Leuten in Iran – und dies betreffe nicht nur die Kurd_innen – bewusst, dass die Behörden sie überwachen könnten (DRC/DIS, 2018). Ein Professor einer dänischen Universität meinte gegenüber DRC/DIS (2018), es sei anzunehmen, dass Personen, die in sozialen Medien aktiv sind, in den kurdischen Gebieten durch Behörden überwacht werden.

Versammlungen von wenigen kurdischen Personen können zu Verhören und Verhaftung führen. *Amnesty International* gab gegenüber DRC/DIS (2018) an, dass Versammlungen von wenigen kurdischen Personen bereits die Aufmerksamkeit der Behörden weckten. Dies könne dazu führen, dass die Betroffenen verhört und verhaftet würden. Teilweise führe dies auch zu einer Strafverfolgung (DRC/DIS, 2018).

Kurdische Personen, welche verdächtigt werden, politisch aktiv zu sein oder die Unabhängigkeit zu unterstützen, werden zum Ziel der Behörden. Im Bericht von DRC/DIS (2018) wird mit Bezug auf diverse Quellen hingewiesen, dass kurdische Personen, welche sich politisch engagieren oder mit politischen Aktivitäten in Verbindung gebracht werden, zum Ziel der iranischen Behörden werden. Auch kurdische Personen, welche die Schaffung eines unabhängigen kurdischen Staats unterstützen oder dessen verdächtigt werden, seien

laut der Quelle ein Ziel der Behörden (DRC/DIS, 2018). Laut den Angaben einer *Kontaktperson einer westlichen Botschaft in Teheran* gegenüber DRC/DIS (2018) verfolgen die iranischen Behörden kurdische Personen mit Verbindungen zu traditionell separatistischen kurdischen Parteien wie Komala, KDPI und PJAK, welche die Unabhängigkeit und anti-staatliche Aktivitäten propagieren. *Amnesty International* gab gegenüber DRC/DIS (2018) an, dass die iranischen Behörden besonders sensibel in Bezug auf kurdische Aktivitäten im Zusammenhang mit der Forderung nach einem unabhängigen kurdischen Staat oder grösserer Autonomie der kurdischen Gebiete reagierten. Dies sei auch bei friedlichen Aktivitäten der Fall. Laut derselben Quelle sei es schwierig zu sagen, wann die kritische Grenze bei solchen Handlungen überschritten werde und weshalb die Behörden in bestimmten Fällen eingreifen. Ein Professor einer dänischen Universität gab gegenüber DRC/DIS (2018) an, dass Familien, Einzelpersonen und Stämme, welcher der Unterstützung von Frauenrechten, kurdischer Rechte oder Sympathien für die Unabhängigkeit verdächtigt werden, zum Ziel der Behörden werden können. Nach Angaben der anonymen Quelle gegenüber DRC/DIS (2018) würde eine kurdische Person, welche nicht politisch aktiv sei und keine politisch aktiven Angehörigen mit einem bedeutenden Profil hätten, kaum in den Fokus der Behörden geraten. Wenn die betreffende Person aber zusätzlich sozialen oder kulturellen Aktivitäten nachgehe, könne sie die Aufmerksamkeit der Behörden erregen.

Verfolgung von politisch aktiven Kurd_innen. Im Bericht vom 12. März 2018 zeigt sich die *UNO-Sonderberichterstatterin zu Iran* besorgt über Berichte, wonach kurdische Personen aufgrund ihrer politischen Zugehörigkeit verfolgt, verhaftet und zum Tode verurteilt wurden. So seien nach der *UNO-Sonderberichterstatterin* vorliegenden Informationen vom 31. Oktober 2017 rund 1800 kurdische Personen wegen Anklagen zu verschiedensten Aktivitäten inhaftiert worden. Dazu gehöre beispielsweise auch das Feiern der Resultate des Referendums im benachbarten irakischen Kurdistan. 114 der Inhaftierten seien wegen politischer oder sicherheitsrelevanter Verbrechen angeklagt worden. Dabei handelte es sich laut der Quelle oft um bürgerrechtliche Aktivitäten oder um die Mitgliedschaft in kurdischen politischen Parteien (HRC, 2018).

Faires Verfahren nicht gewährleistet. Die *Kontaktperson A mit Expertenwissen zum Justizsystem und zur Menschenrechtslage in Iran* gab gegenüber der SFH am 26. September 2018 an, dass in Iran die Abwicklung fairer Verfahren sehr problematisch und der Zugang dazu mangelhaft sei. Das *UK Home Office* weist in seinem Bericht aus dem Jahr 2018 mit Bezug auf verschiedene Quellen ebenfalls darauf hin, dass in Iran keine fairen Verfahren gewährleistet sind. Insbesondere treffe dies auf politische Fälle zu. Verfahren, welche die Todesstrafe zur Folge haben, verliefen in systematischer Weise unfair. Iranische Gerichte und insbesondere Revolutionsgerichte würden regelmässig unfaire Verfahren durchführen und unter Folter erzwungene Geständnisse als Beweismittel zulassen. Angeklagte könnten teilweise ihre Rechtsvertretung nicht frei wählen (*AI-Monitor*; *UK Home Office*, beide 2018). Gleichzeitig werden Rechtsvertretende eingeschüchtert und bedroht, Personen zu vertreten, welche wegen politischer oder wegen die Sicherheit gefährdender Verstösse angeklagt werden. Auch würden Rechtsvertretende selber strafverfolgt und ihre Familien bedroht, wenn sie Aktivist_innen vor Gericht vertreten (*AI-Monitor*, 2018).

Betroffenen Personen droht laut Einschätzung einer Kontaktperson ein unfaires Verfahren. Nach der am 25. September 2018 gemachten Einschätzung der *Kontaktperson B. mit*

Expertenwissen zur Menschenrechtssituation in Iran besteht das Risiko, dass einer kurdischen Person, die politischer Aktivitäten oder der Unterstützung von Unabhängigkeitsbestrebungen verdächtigt wird, ein unfaires Verfahren droht, wenn sie in Iran verhaftet wird.

Unterschiedliche Angaben zu möglicher Bestrafung, keine Standards, Bestrafung je nach Gericht und Richter_innen unterschiedlich. Nach Angaben einer *anonymen Quelle* gegenüber DRC/DIS (2018) wird eine Person in der Regel nicht nur für eine einzelne politische Handlung bestraft. Schliesslich hänge das Strafmass von der Art der Aktivität ab. Wenn eine Person bei einer weiteren Aktivität erwischt werde, welche als oppositionell oder separatistisch eingestuft werde, müsse die Person mit drastischen Konsequenzen rechnen und werde sehr wahrscheinlich verhaftet. Während der Haft könne die Person zudem weiterer fabrizierter «Straftaten» angeklagt werden, indem beispielsweise Drogen in ihrer Wohnung platziert würden. Wenn die oder der beschuldigte kurdische politische Aktivist_in die Aktivitäten fortsetze, könnte er/sie für sechs Monate bis drei Jahre mit Gefängnis bestraft werden. Wenn es sich um prominente politische Aktivist_innen handle, bestehe das Risiko einer Anklage wegen Spionage. Schliesslich gibt es laut der Quelle keine Standards für die Anklage und die Bestrafung. Diese sei je nach Gericht und Richter_innen unterschiedlich. Die Quelle gab an, ihr seien keine Fälle bekannt, bei welchen kurdische politische Aktivist_innen nur wegen einer politischen Aktivität auf niedriger Ebene wie zum Beispiel wegen des Verteilens von Flugblättern angeklagt wurden. In der Regel enthalte die Anklageschrift mehrere Anklagepunkte. Eine Fortsetzung der politischen Aktivitäten würde zu einer Anklage führen. Auch die aktuelle politische Agenda würde eine Rolle spielen. So würde eine Bestrafung vor Wahlen wohl strenger ausfallen (DRC/DIS, 2018).

Die *Kontaktperson A mit Expertenwissen zum Justizsystem und zur Menschenrechtssituation in Iran* gab gegenüber der SFH am 26. September 2018 an, dass gegen Aktivist_innen, die sich für politische Rechte oder Bürgerrechte einsetzen, oft vage formulierte, ausgedehnte Anklagepunkte vorgebracht werden. Darunter sind die berüchtigtsten «*Mohareb*» (*Waging war against God*) und «*Efsād fel-Arz*» (*Corruption on Earth*). Für beide Anklagepunkte könne die Todesstrafe verhängt werden. Andere oft genutzte Anklagepunkte, um politisch und bürgerrechtlich aktive Personen strafrechtlich zu verfolgen, seien:

- «*Gathering and colluding to commit crimes against national security*» (Artikel 610 des islamischen Strafgesetzbuchs), was mit zwei bis fünf Jahren Haft Gefängnis bestraft werde;
- «*Membership of a group with the purpose of disrupting national security*» (Artikel 499 des islamischen Strafgesetzbuchs), was mit drei Monaten bis fünf Jahren Gefängnis bestraft werde;
- «*Spreading propaganda against the system*» (Artikel 500 des islamischen Strafgesetzbuchs), was zu drei Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis führen kann;
- «*Collaboration with a hostile government*» (Artikel 508 des islamischen Strafgesetzbuchs), was eine Inhaftierung von einem bis zehn Jahren Dauer zur Folge haben kann, wenn es nicht als «*Mohareb*» ausgelegt wird, sowie
- «*Insulting Islamic sanctities*» (Artikel 513 des islamischen Strafgesetzbuchs), was zu einem bis fünf Jahren Gefängnis führen kann.

Aufgrund der politischen Aktivitäten der kurdischen Parteien in Iran ist die Situation nach Einschätzung der *Kontaktperson A mit Expertenwissen zum Justizsystem und zur Menschenrechtssituation in Iran* in den kurdischen Gebieten in Iran sehr heikel. Auch legale bürgerrechtliche Aktivitäten würden von den Behörden als politische und sicherheitsrelevante Fälle betrachtet.

Laut Expertenperson ist es schwierig einzuschätzen, welche Bestrafung droht. Einschätzung der *Kontaktperson B mit Expertenwissen zur Menschenrechtssituation in Iran* gibt es eine grosse Bandbreite von möglichen Bestrafungen einer kurdischen Person aufgrund mutmasslicher politischer Aktivitäten. So sei es möglich, dass Personen die Todesstrafe drohe, weil sie wegen «*Mohareb*» oder eines Gewaltverbrechens angeklagt würden. In der Regel werde den Betroffenen aber mehr als das blosses Verteilen von Flugblättern vorgeworfen. Laut *Kontaktperson B* ist es schwierig, einzuschätzen, welche Anklagepunkte wegen mutmasslicher politischer Aktivitäten vorgebracht werden und welche Bestrafung einer betroffenen Person drohe. Dies sei insbesondere der Fall, wenn die Person bis dahin noch nicht in den Fokus der Justizbehörden geraten war.

Exilpolitische Aktivitäten können Auswirkungen auf mögliche Bestrafung haben. Wenn eine kurdische Person in Europa politisch aktiv gewesen sei, so habe dies laut Angaben einer *anonymen Quelle* gegenüber DRC/DIS (2018) Auswirkungen auf eine mögliche Bestrafung derselben Person in Iran. Strafrelevant seien zum Beispiel kritische Äusserungen zur politischen Freiheit in Iran auf Blogs oder anderen Online-Medien oder die Weitergabe von Informationen an ausländische Medien. Jedoch würden Bestrafung, Strafmass oder weitere Massnahmen der Behörden davon abhängen, welchen Inhalt und welche Form die Aktivitäten im Ausland hatten. Zudem hängen sie laut derselben Quelle auch vom Grad des politischen Aktivismus der betroffenen Person nach ihrer Rückkehr in den Iran ab (DRC/DIS).

Mindestens 64 Exekutionen von kurdischen Personen im Jahr 2017. Nach Angaben der *UNO-Sonderberichterstatterin zu Iran* wurden im Jahr 2017 mindestens 64 kurdische Inhaftierte exekutiert (HRC, 2018).

Folter und Misshandlungen in Haft in Iran weit verbreitet. Nach Angaben des Berichts des *US Department of State (USDOS)* vom April 2018 ist die Anwendung von physischer und psychischer Folter mit dem Ziel, Geständnisse zu erzwingen, in Iran weit verbreitet. Dies sei insbesondere in Untersuchungshaft der Fall. So gibt es laut derselben Quelle glaubwürdige Berichte, dass Sicherheitskräfte und Gefängnispersonal Inhaftierte misshandeln und foltern. Methoden der Folter umfassen Exekutions- und Vergewaltigungsandrohungen, unter Zwang durchgeführte «*virginity and sodomy tests*», Schlafentzug, Elektroschocks, Verbrennungen, die Anwendung von Stresspositionen (*pressure positions*) und schwere und wiederholte Schläge. Die *UNO-Sonderberichterstatterin zu Iran*, wies auf Berichte über Inhaftierte hin, welche Erpressungen, Schlägen und anderen physischen Misshandlungen ausgesetzt waren. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen werden in verschiedenen Gefängnissen in Iran grausame und anhaltende Folter gegen politische Gegner_innen der Regierung eingesetzt. Dazu gehören laut derselben Quelle das Evin-Gefängnis in Teheran und das Rajai-Shahr-Gefängnis in Karaj. Zudem gibt es laut Quellen auch inoffizielle geheime Gefängnisse und Haftzentren ausserhalb des nationalen Gefängnissystems. In diesen inoffiziellen Zentren würden Misshandlungen laut Berichten ebenfalls stattfinden (USDOS, 2018).

Folter, Verweigerung medizinischer Hilfe oder Besuch durch Angehörige: Dokumentierte Fälle von kurdischen Personen. Laut Bericht der *UNO-Sonderberichterstatterin zu Iran* folterten oder misshandelten Behördenvertretende im Jahr 2017 mindestens 16 kurdische Personen, welche aus politischen Gründen in Haft sind. 15 kurdische Personen seien Besuche durch Angehörige vorenthalten worden, weitere 15 hätten in der Haft keine medizinische Hilfe erhalten. So sei beispielsweise der Gesundheitszustand von Zeynab Jalalian

besorgniserregend. Sie verbüsse eine lebenslange Haftstrafe wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer illegalen Gruppierung (HRC, 2018).

Betroffenen Personen droht laut Einschätzung einer Kontaktperson Folter. Nach der am 25. September 2018 gemachten Einschätzung der *Kontaktperson B mit Expertenwissen zur Menschenrechtssituation in Iran* besteht für eine kurdische Person, die politischer Aktivitäten oder der Unterstützung von Unabhängigkeitsbestrebungen verdächtigt wird, das Risiko, dass sie bei einer Verhaftung gefoltert wird.

3 Desertion

Militärdienst in Iran ist für Männer ab 18 Jahren obligatorisch. Der Militärdienst in Iran ist für alle Männer ab 18 Jahren obligatorisch (CIA, Juli 2018, Angaben von 2012). Wer freiwillig Dienst leistet, kann bereits mit 16 Jahren in den Militärdienst eintreten. Für die Strafvollzugskräften liegt das Eintrittsalter bei 17 und für die Basij-Kräfte bei 15 Jahren. Laut Angaben von *The Guardian* müssen iranische Männer 21 Monate Militärdienst in einer der drei Abteilungen des Militärs leisten: der Polizei, der Revolutionsgarde oder der Armee (*The Guardian*, 23. Juli 2015).

Desertion. Im iranischen Strafgesetzbuch von 1996 wird Desertion nicht spezifisch erwähnt (*Islamisches Strafgesetzbuch der Islamischen Republik Iran*, Juli 2013; siehe auch WRI, April 1998). Artikel 504 des iranischen Strafgesetzbuchs von 1996, welches im Januar 2012 aktualisiert wurde, verweist jedoch auf Desertion (*Islamisches Strafgesetzbuch der Islamischen Republik Iran*, Juli 2013). Demgemäss gilt jede Person, die mit der Absicht, die Regierung zu stürzen oder die sich im Kampf befindlichen nationalen Streitkräfte zu besiegen, Kombattanten bzw. Angehörige der Streitkräfte erfolgreich zur Rebellion, zu Fahnenflucht, zur Kapitulation oder zur Befehlsverweigerung anstachelt, als «*Mohareb*» (WRI, April 2018). Wenn eine Person erfolgreich solche Taten begeht, ohne die oben genannte Absicht zu verfolgen, so ist sie mit zwei bis zehn Jahren Gefängnis zu bestrafen. Bei nicht erfolgreicher Ausführung der Tat ist die Person mit sechs Monaten bis drei Jahren Gefängnis zu bestrafen.

Personen, die dem Aufgebot zum Militärdienst nicht Folge leisten, gelten ebenfalls als Deserteure (WRI, April 1998).

Strafe bei Desertion ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Gemäss dem *Niederländischen Aussenministerium* (Dezember 2013) ist die Strafe bei Desertion von den Umständen der Desertion abhängig: ob sie in Kriegs- oder Friedenszeit erfolgte, ob die Person im Dienst oder freigestellt war, ob die Person mit oder ohne Waffen, Munition und/oder Militärausrüstung desertierte, ob der Fall unter die Gerichtsbarkeit eines Militärgerichts (in Friedenszeiten) oder eines militärischen Kriegsgerichts (*militaire krijgsraad*) (in Kriegszeiten) fällt, und von der Art der Aufgabe oder Mission. Dem *Niederländischen Aussenministerium* sei nicht bekannt, ob die iranischen Behörden in der Praxis eine aktive Strafverfolgung und Ahndung gegen Dienstverweigerer und Deserteure durchführen (Dezember 2013).

Strafen für befristete Angehörige der Streitkräfte (Wehrdienstleistende). Gemäss einem Beitrag vom April 1998 des pazifistischen und antimilitaristischen Netzwerkes *War Resisters' International* (WRI) werden Wehrdienstentziehung und Desertion gemäss dem Gesetz zu Strafen für Verbrechen betreffend die Streitkräfte von 1992 bestraft. Dieses Gesetz schreibt

unterschiedliche Strafen für befristete und unbefristete Angehörige der Streitkräfte vor (WRI, April 1998). Wehrdienstleistende können folgendermassen bestraft werden: Unerlaubtes Fernbleiben für eine Dauer von mehr als 15 Tagen ohne zulässigen Grund wird mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zwei Jahren und/oder mit einer zwölfmonatigen Verlängerung des Wehrdienstes bestraft. Desertion wird mit zwei bis zwölf Monaten Gefängnis bestraft, falls sich der Deserteur freiwillig der Polizei stellt.

Desertierte und ausgereiste Personen werden bei ihrer Rückkehr nach Iran bestraft. Laut Angaben von einem aus einer Fact-Finding-Mission des *Danish Immigration Service* (DIS) und *Danish Refugee Council* erstellten Berichtes (April 2009) muss eine von der Armee desertierte Person, wenn sie aus dem Land ausgereist ist und jünger als 40 Jahre ist, bei ihrer Rückkehr nach Iran den Militärdienst fortsetzen (DIS und DRC, April 2009). Wenn eine Person bei ihrer Rückkehr nach Iran älter als 40 Jahre ist, bekommt sie eine Busse und kann inhaftiert werden – dies wird willkürlich entschieden.

Misshandlungen und «politische Kliniken» gegen Befehlsverweigernde und desertierende Mitglieder der Revolutionsgarde. In einer älteren Auskunft der SFH aus dem Jahr 2013 wird mit Verweis auf verschiedene Quellen geschildert, dass Führungsmitglieder der Revolutionsgarde den Betroffenen harte Bestrafungen für Desertionen und Befehlsverweigerungen androhen. Dazu würden auch «politische Kliniken» gehören, welche die «psychischen und politischen Krankheiten» der fehlbaren Mitglieder der Revolutionsgarde und der Basij behandeln würden. Auch wird im gleichen Bericht von Folterungen von «fehlbaren» Basij-Mitgliedern berichtet.

4 Quellen

AI-Monitor, 2018:

Today, Iran's lawyers face countless restrictions and obstacles in performing their work, though the Iranian constitution is clear on citizens' rights to a fair trial, which naturally requires that lawyers be independent and unafraid to provide their clients with strong legal representation. The Iranian authorities have increasingly used policies and laws that run contrary to international norms and standards to undermine the independence of lawyers — including even preventing them from attending court hearings.

Iranian lawyer Hossein Ahmadi Niyaz, who has represented many political and security prisoners over the years, believes that representation by a competent and independent lawyer has become a serious challenge in the Iranian system. He told AI-Monitor, "On the one hand, Article 48 of the Criminal Procedural Code restricts the choice of lawyers in political and security cases, which is in breach of free access to legal representations. On the other hand, the intimidation and threats against lawyers not to defend those accused of political and security offenses fairly in the courts and the media is in breach of the principle of independence of lawyers." According to the article, defendants in cases of security and political offenses may use only lawyers who have been pre-selected — and thus preferred — by the judiciary. Legal experts widely agree that this a flagrant violation of the right to freely choose one's own attorney. (...)

Lawyers who have defended human rights activists have repeatedly found themselves on the receiving end, being tried for security offenses and allegations that they plotted against national security. Many have been sentenced to lengthy prison terms, barred

from leaving Iran or fled their country. Some have given up the profession and retired to private life due to threats and intimidation by the security services, though teaching is not always an option, as many lawyers have been barred from teaching at universities. The families of these lawyers have also been threatened and in some cases beaten and barred from leaving the country. The result of this situation is that lawyers are not able to defend political prisoners fully, as an axe hangs over their heads at all times.

The impact of these violations is felt not merely by defendants, lawyers and their families. Osman Mozayan, a lawyer who has defended many clients accused of political and security crimes, told Al-Monitor, "Placing restrictions on lawyers will lead to the inhibition of freedom of speech [for all Iranians] and the general public will suffer as a result." The Iranian Bar Association has not been able to adequately shield lawyers from pressure as a result of their work, let alone guarantee their security. The bar association acted more or less independently prior to the 1979 Islamic revolution. Under the Islamic Republic, the authorities have taken measures to undermine the bar association and bring the legal profession under control. A law passed in 1997 gave the Disciplinary Court for Judges the task of approving or rejecting candidates for the bar. And even now, a bill proposed in Parliament would in effect dismantle the bar association and give all licensing powers to the judiciary.» Quelle: Al-Monitor, Intimidation, persecution of Iranian lawyers won't halt dissent, 21. September 2018: www.al-monitor.com/pulse/originals/2018/09/iran-lawyers-security-cases-prisoners-persecution-rouhani.html.

CIA, 12. Juli 2018:

«Military Branches:

Islamic Republic of Iran Regular Forces (Artesh): Ground Forces, Navy, Air Force (IRIAF), Khatemolania Air Defense Headquarters; Islamic Revolutionary Guard Corps (Sepah-e Pasdaran-e Enqelab-e Eslami, IRGC): Ground Resistance Forces, Navy, Aerospace Force, Qods Force (special operations); Law Enforcement Forces (2015)

Military service age and obligation

18 years of age for compulsory military service; 16 years of age for volunteers; 17 years of age for Law Enforcement Forces; 15 years of age for Basij Forces (Popular Mobilization Army); conscript military service obligation is 18 months; women exempt from military service (2012)» Quelle: CIA, Iran, 12. Juli 2018: www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ir.html.

DRC/DIS, 2018:

«Kurds asserting their ethnic and religious identity are a target, as well as Kurds engaging in or associated with political activities. Further, Kurds promoting or perceived to be promoting separatism are also a target. Families, individuals or tribes who are affiliated with women rights are also a target. (...) Middle East Consultancy Services stated that Iranian Kurds are free to celebrate cultural occasions such as Norooz. However, cultural events becoming political are an issue. Middle East Consultancy Services mentioned as examples shouting political statements or carrying political iconography during the celebrations. Other activities that may trigger the attention of the authorities are gatherings of more than a few people. The authorities might interrogate the gathered people and arrest or question them

without further prosecution, or with subsequent prosecution. This type of interference is intended to discourage people from gathering and to send a signal that the authorities are keeping individuals and groups under surveillance, Amnesty International said. Furthermore, it is reasonable to assume that people active on the social media are under some kind of monitoring by the authorities, an associate professor noted.(...)

14 Meeting with a Western Embassy (3) Tehran, 12 September 2017 (...) **The source said that Kurds with affiliation to the traditional separatist Kurdish parties, Komala, KDPI and PJAK which advocate separatism and anti-state activities, will be persecuted.** With regard to persecution of descendants to politically active parents, the Western embassy (3) stated these descendants typically follow in their parent's footsteps. If someone is caught in a political gathering, he would be arrested because of this background. However, the source underlined that descendants to politically active parents, who have not participated in political activities opposing the official political line, in principle would not face any risk. (...)

Meeting with Amnesty International, London, 3 October 2017 (...) Regarding the presence of the Iranian authorities in the Kurdish areas, Amnesty International stated the **Ministry of Intelligence is present, and to some degree the Revolutionary Guard, too.** The situation is different in Tehran, where the Revolutionary Guard is more present than the Ministry of Intelligence. The source added that the **presence of police increased in Kurdistan in connection with the Iraqi Kurdistan independence referendum of 25 September 2017, due to rallies and gatherings held by people supporting the voting in the neighbouring country.** 19. According to the source, **even when peaceful cultural activities remain purely cultural without a political aspect to them, the authorities can decide to intervene, including intervening in the name of protecting Islam or public decency.** Cultural rights of minorities are routinely violated, contrary to Iran's international obligations. **Amnesty International added Iran is sensitive with regard to activities related to separatism and autonomy, including peaceful activities; the source underscored, however, it is difficult to say when the line is crossed, and why the authorities interfere in specific activities.** 20. **Gatherings of more than a few people will trigger the authorities' attention. The authorities might further interrogate the gathered people and arrest or question them without further prosecution, or with subsequent prosecution.** This type of interference is intended to discourage the ability to peacefully exercise the right to freedom of assembly, and to send a signal that the authorities are keeping **individuals and groups under constant surveillance. Generally, people in Iran, and not only Kurds, know they might be monitored by the authorities.** 21. The source assumed that more men than women were targeted by the authorities.(...)

Meeting with an anonymous source, Tehran, 15 September 2017 (...) Presence and activities of the Iranian authorities in the Kurdish areas in Iran 34. The source stated the Iranian General Security Forces do conduct surveillance in the Kurdish areas. The security forces do not only monitor activities and movements among the Kurdish activists but also their families. When the General Security Forces notice unusual movements, the involved persons will be summoned and interrogated. The source informed the General Security Forces might make investigations on persons whose family members have strong links with former prominent Kurdish activists. The interrogation will be about affiliation with certain people, travel patterns through the border etc. Sometimes the interrogation will take place just to intimidate people and sometimes it will be to get specific information. If the person interrogated is not high profiled he will probably just be warned and released, but still monitored to see whom he meets with. **A person will not be punished for just one activity; however, the punishment always depends on the type of activity. If the person is caught again in making opposition or separatist activities he**

could face harsh consequences and most likely be arrested. During the arrest the person could also be accused of other crimes that would humiliate him e.g. drugs placed in his house. 35. According to the source if a Kurd is not politically active and does not have a politically active family member with a significant profile, it is less probable that he/she might be targeted by the authorities. But if he/she has some other social or cultural activities, he/she might still attract the attention of the authorities The source stated if the accused Kurdish political activist continues his activities, he might be imprisoned for six months to three years. On the other hand, if he is a prominent political activist, he might risk being accused for espionage. Furthermore, there is no standard for accusation and punishment; it changes from court to court. 37. The source informed the delegation it had never heard about a Kurdish political activist being accused for only one low level political activity such as distribution of leaflets and etc. Usually the indictment includes more than one accusation. 38. A continuation of political activities will result in an accusation. The anonymous source underscored it all depends on the political agenda, i.e. before an election it would be more harsh. 39. If a Kurd has performed political activities in Europe, as for instance written critical things about the political freedom in Iran in a blog or in another online media, or if the person has provided information to foreign media, it would have significance. However, the severity of the problem that this person might face by the authorities would also depend on the content and scope of activities abroad, as well as his level of activism upon return to Iran. (...)

*Meeting with an associate professor at a Danish University, Copenhagen, 28 August 2017(...) With regard to whom the authorities will target, the source explained that anyone outspoken about Kurdish ethnic and religious rights and Sunni identity on for example social media can be in focus. Furthermore, the source said, it is reasonable to assume that people active on the social media are a target of some kind of monitoring by the authorities. People belonging to particular tribes and particular mosques are a target. Families, individuals or tribes who are affiliated with women rights, Kurdish rights or suspected of having separatist sympathies are targeted. In this connection it was mentioned that families traditionally affiliated with political parties and families connected to smuggling are a target of monitoring by the regime. Some local Sunni-Muslim sheikhs are also a target and recently, they have been accused of Wahhabi and Islamic State propaganda by the authorities. The information concerning the sheikhs is difficult to verify but it has been mentioned in the media. » Quelle: Danish Refugee Council (DRC); Danish Immigration Service (DIS): Iran: Issues concerning persons of ethnic minorities, including Kurds and Ahwazi Arabs, 23. Februar 2018, S. 5-6;14; 16-17; 19-20, 22-23:
www.ecoi.net/en/file/local/1426253/1788_1520517984_issues-concerning-persons-of-ethnic-minorities-including-kurds-and-ahwazi-arabs.pdf.*

DIS/DRC, April 2009:

«A person who deserts from the army will have to continue the military service upon return, if he is under the age of 40. Individuals who are over the age of 40 will not be asked to do military service. If a person has deserted or evaded the military service and returns to Iran after the age of 40, he will receive a financial punishment and possibly imprisonment. This is subject to arbitrary ruling. However, if the person has been subject to a pardon he will not face punishment on return to Iran. According to the Attorney at Law, a person who evades military service may be punished. According to Military Law, if a person had to serve 20 months of military service and evades, the length of the service will increase to 24 or 26

months. The Attorney at Law added that according to “previous legislation” a person may also be fined a few thousand US Dollars instead of serving extended military service. However, the Attorney at Law stated that it is still to be seen how recent changes in law are used in practice, i.e. whether a person will be fined or must serve extra time.» Quelle: Danish Immigration Service (DIS) und Danish Refugee Council (DRC), Fact finding mission to Iran- Human Rights Situation for Minorities, Women and Converts, and Entry and Exit Procedures, ID Cards, Summons and Reporting, etc. 24 August - 2 September 2008, April 2009, S. 47: www.nyidanmark.dk/NR/rdonlyres/90D772D5-F2DA-45BE-9DBB87E00CD0EB83/0/iran_report_final.pdf.

HRC, 2018:

«The Special Rapporteur is [...] **deeply concerned by reports of individuals from the Kurdish community having been persecuted, arrested, and sentenced to death for their political affiliation or beliefs.** According to information received, as of 31 October 2017, **1,828 Kurds had been detained by the authorities on charges related to various activities** such as environmental activism, eating in public during the month of Ramadan, working as border couriers engaged in smuggling illicit goods, or for celebrating the results of the referendum held in neighbouring Iraqi Kurdistan. Information received indicates that **114 of these detainees were charged with political or security - related crimes, often for engaging in civic activism or because of their membership in Kurdish political parties. Some face long prison sentences, lashes and/or heavy financial penalties.** Among these prisoners, there are individuals who are workers, teachers, kulbars (border couriers), artists, and human rights activists. **In 2017, information received indicates that at least 64 Kurdish prisoners were executed by the authorities, and at least 16 Kurdish political prisoners were reportedly subjected to torture or ill-treatment, with 31 going on hunger strikes to protest the circumstances surrounding their arrest and detention. 15 were denied basic rights such as visitation by their family members, and 15 others were deprived of adequate medical care.** [...] The health situation of Zeynab Jalalian in this regard is of continuing concern. She has been on medicinal strike since February 2017 to protest the lack of adequate medical care afforded to her. **She is serving a life sentence following her arrest in 2007 for alleged membership of a prohibited group.**»

Quelle: HRC – UN Human Rights Council (formerly UN Commission on Human Rights): Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Islamic Republic of Iran [A/HRC/37/68], 12. März 2018, S. 16-17: https://www.ecoi.net/en/file/local/1443624/1930_1537276852_g1806060.pdf

Islamisches Strafgesetzbuch der Islamischen Republik Iran, 18. Juli 2013:

«**Article 504- Anyone who effectively encourages combatants or those in military forces to rebel, escape, surrender, or disobey military orders, with the intention to overthrow the government or to defeat national forces against the enemy, shall be considered as mohareb; otherwise [if he does not possess the intention] if his acts are effective he shall be sentenced to two to ten years, and if not, to six months to three years' imprisonment.**» Quelle: Islamisches Strafgesetzbuch der Islamischen Republik Iran (Fünftes Buch) (veröffentlicht von Iran Human Rights Documentation Center, IHRDC), 22. Mai 1996, letzte Novelle Januar 2012, 18. Juli 2013: www.iranhrdc.org/english/human-rights-documents/iranian-codes/1000000351-islamic-penal-code-of-the-islamic-republic-of-iran-book-five.html.

UK Home Office, 2018:

«Fair trial The 2016 DFAT Report noted that: **‘When dealing with political cases or during times of social unrest, the judiciary has shown a high tolerance for security authorities bypassing the legal system. There have been a significant number of credible NGO and media reports concerning show trials, arbitrary arrest and forced confessions. In addition, detainees, including but not limited to political detainees, may be denied adequate access to a lawyer. Foreign-based advocacy groups regularly make credible allegations of trials being held without the presence of a defence lawyer, or without sufficient pre-trial access to a lawyer.’**¹¹² Amnesty’s 2017/18 report stated that: **‘Trials, including those resulting in death sentences, were systematically unfair. There were no independent mechanisms for ensuring accountability within the judiciary. Serious concerns remained that judges, particularly those presiding over Revolutionary Courts, were appointed on the basis of their political opinions and affiliation with intelligence bodies, and lacked legal qualifications. ‘Fair trial provisions of the 2015 Code of Criminal Procedure, including those guaranteeing access to a lawyer from the time of arrest and during investigations, were routinely flouted.** The authorities continued to invoke Article 48 of the Code of Criminal Procedure to prevent those detained for political reasons from accessing lawyers of their own choosing. Lawyers were told they were not on the list approved by the Head of the Judiciary, even though no official list had been made public. ‘Trials, particularly those before Revolutionary Courts, remained closed and extremely brief, sometimes lasting just a few minutes.’¹¹³ Human Rights Watch’s world report 2018, covering events in 2017 (‘HRW’s 2018 report’): **‘Iranian courts, and particularly the revolutionary courts, regularly fell short of providing fair trials and allegedly used confessions obtained under torture as evidence in court. Iranian law restricts the right for a defendant to access a lawyer, particularly during the investigation period.’**¹¹⁴ The USSD report for 2017 stated that: **‘According to the constitution and law, a defendant has the right to a fair trial, to be presumed innocent until convicted, to have access to a lawyer of his or her choice, and to appeal convictions in most cases that involve major penalties. These rights were not upheld.** ‘Panels of judges adjudicate trials in civil and criminal courts. Human rights activists reported trials in which authorities appeared to have determined the verdicts in advance, and defendants did not have the opportunity to confront their accusers or meet with lawyers. The law restricts the choice of attorneys to a government-approved list for defendants charged with crimes against national security and for journalists. ‘When postrevolutionary statutes do not address a situation, the government advised judges to give precedence to their knowledge and interpretation of sharia (Islamic law). Under this method judges may find a person guilty based on their own “divine knowledge,” or they may issue more lenient sentences. ‘During the year human rights groups noted the absence of procedural safeguards in criminal trials. (...) ‘Courts admitted as evidence confessions made under duress or torture. In her August 14 [2017] report, the UNSR stated that the government relied on physical and mental torture to coerce confessions from prisoners during pretrial detention and interrogations. Authorities also allegedly tortured prisoners and forced them to make videotaped confessions that the government later televised. ‘The Special Clerical Court is headed by a Shia Islamic legal scholar, overseen by the supreme leader, and charged with investigating alleged offenses committed by clerics and issuing rulings based on an independent interpretation of Islamic legal sources. The constitution does not provide for the court, which operated outside the judiciary’s purview. (...) The **August 2017 Report of the UN Special Rapporteur on the situation of human rights in the Islamic Republic of Iran noted that: ‘Revolutionary courts continue to issue the vast majority of death sentences. Violations of the rights to fair trial and due process are systematic before these courts. Legal**

representation is denied during the investigation phase, lawyers are often refused access to information, many trials reportedly last only a few minutes, and no evidence other than confessions extracted through torture is considered for the imposition of a death sentence.» Quelle: UK Home Office, Country Policy and Information Note Iran: Background information, including actors of protection and internal relocation, September 2018, S. 39-41: www.ecoi.net/en/file/local/1443676/1226_1537340788_iran-background-cpin-v5-0-september-2018.pdf.

Niederländisches Aussenministerium, Dezember 2013:

«Dienstweigeraars en deserteurs (...)

Bij desertie hangt de straf af van de omstandigheden waaronder de desertie heeft plaatsgevonden, zoals oorlogs- of vreedstijd, in dienst of met verlof, het type opdracht/missie, of hij deserteerde met of zonder wapens, munitie of ander oorlogsgerei, en of de zaak onder de jurisdictie van militaire rechtbanken (in vreedstijd) of militaire krijgsgaad (in oorlogstijd) valt. Of de Iraanse autoriteiten in de praktijk een actief opsporings- en vervolgingsbeleid tegen dienstweigeraars en deserteurs voeren, is niet bekend.» Quelle: Niederländisches Aussenministerium (Ministerie van Buitenlandse Zaken), Algemeen Ambtsbericht Iran, Dezember 2013, S. 49, 50: www.rijksoverheid.nl/bestanden/documenten-en-publicaties/ambtsberichten/2013/12/24/iran-2013-12-24/aab-iran-2013.pdf.

SFH, 2013:

«Das Regime Irans betrachtet Personen, die von der Staatsdoktrin abweichende Meinungen vertreten oder Menschenrechtsverletzungen des Regimes aufdecken, als Bedrohung. Es ist gut dokumentiert, dass solche Personen im Iran willkürlicher Haft und Folter ausgesetzt sein können.

Reaktionen von Führungsmitgliedern der Revolutionsgarde auf Desertionen und Befehlsverweigerungen.** Angesichts zunehmender Desertationen und Befehlsverweigerungen von Mitgliedern verschiedener Sicherheitsbehörden betonte Ali Saeedi, der Repräsentant des Revolutionsführers Khomeinis bei den Klerikern der Revolutionsgarde, im Jahre 2011, dass die Basij den Befehlen des Revolutionsführers ohne Ausnahme absoluten Gehorsam zu leisten hätten. **Das iranische Regime reagiert offensichtlich mit grosser Härte auf Befehlsverweigerungen, da Nachahmer befürchtet werden. Gemäss Rooz Online will die Führung der Revolutionsgarde die Integrität der Revolutionsgarde, ihrer Familien und der Basij mit Hilfe von verschiedenen Massnahmen sicherstellen. Dazu würden auch «politische Kliniken», gehören, welche die «psychischen und politischen Krankheiten» der fehlbaren Mitglieder der Revolutionsgarde und der Basij behandeln würden.

*Dokumentierte Konsequenzen im Falle von Befehlsverweigerungen der Basij-Mitglieder. In einem Interview in Channel News dokumentierte 2010 ein ehemaliges Mitglied der Basij, wie es wegen Befehlsverweigerung inhaftiert und misshandelt wurde.[1] Gemäss eines Artikels der BBC Monitoring International Reports wurden sieben Mitglieder der Basij, welche im April 2011 den Befehl verweigert hatten, auf Demonstranten zu schiessen, im **Teheraner Evin-Gefängnis inhaftiert und im Beisein von Offizieren der Revolutionsgarde gefoltert.** Der Führer der*

[1] Channel 4 News, Basij militia member's story, full transcript, 17. Februar 2010, www.channel4.com/news/articles/world/middle_east/basij%2bmilitia%2bmemberaposs%2bstory%2bfull%2btranscript/3547452.html.

Revolutionsgarde soll des Weiteren eine Spezialeinheit der «Qods» beauftragt haben, Abtrünnige innerhalb der Basij und der Revolutionsgarde zu identifizieren, damit diese verhaftet und vor Gericht gebracht werden könnten.» Quelle: Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Iran, Austieg aus der Basij, 25. Januar 2013, S. 5: www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslaender/mittlerer-osten-zentralasien/iran/iran-ausstieg-aus-der-basij.pdf.

The Guardian, 23. Juli 2015:

«All eligible Iranian men are required to do 21 months of military service in one of the three branches of the military: the police, the Revolutionary Guard, or the army. If you miss a day for any reason, they add on three. I'm told that superiors often add on days for a whole host of reasons, ranging from unsatisfactory job performance to just being in a bad mood. Entry-level soldiers are paid 800,000-1,000,000 rials a month (£17-21.50, \$27.00 - \$34.00). I'm told it's not even enough to cover travelling home when on leave.» Quelle: The Guardian, How I learned to stop worrying and love the Iranian army, 23. Juli 2015: www.theguardian.com/world/iran-blog/2015/jul/22/iran-military-uniform-gomrok-shopping-spree.

USDOS, April 2018:

«c. Torture and Other Cruel, Inhuman, or Degrading Treatment or Punishment
Although the constitution prohibits all forms of torture "for the purpose of extracting confession or acquiring information," use of physical and mental torture to coerce confessions remains prevalent, especially during pretrial detention. There were credible reports that security forces and prison personnel tortured and abused detainees and prisoners throughout the year. Commonly reported methods of torture and abuse in prisons included threats of execution or rape, forced virginity and sodomy tests, sleep deprivation, electroshock, burnings, the use of pressure positions, and severe and repeated beatings. UNSR Jahangir highlighted reports of prisoners being subjected to blackmail, beating, and other physical abuse. Human rights organizations frequently cited some prison facilities, including Evin Prison in Tehran and Rajai Shahr Prison in Karaj, for their use of cruel and prolonged torture of political opponents of the government, particularly Wards 209 and Two of Evin Prison, which were reportedly controlled by the IRGC. Authorities also allegedly maintained unofficial secret prisons and detention centers outside the national prison system where abuse reportedly occurred. Judicially sanctioned corporal punishments continued. These included flogging, blinding, stoning, and amputation, which the government defends as "punishment," not torture. Iran Human Rights reported the case of three prisoners accused of theft having their hands amputated on September 21 at Qom Central Prison. UNSR Jahangir reported that in January, Hossein Movahedi, a reporter in Najafabad accused of disseminating falsehoods, was flogged for inaccurately reporting the number of student-owned motorcycles impounded by the Najafabad police department. Extrajudicial punishments involving degrading public humiliation of alleged offenders were also frequently reported throughout the year.» Quelle: US Department of State (USDOS), Country Report on Human Rights Practices 2017 - Iran, 20. April 2018: www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2017/nea/277241.htm.

War Resisters' International (WRI), 5. April 1998:

«Draft evasion and desertion are punishable under the 1992 Law on Punishment of Crimes Concerning the Armed Forces, which prescribes different penalties for permanent and for temporary members of the armed forces. The following information concerns the possible punishment for temporary members of the armed forces (conscripts). Absence without leave for more than 15 days without a valid reason is punishable by six months' to two years' imprisonment and/or 12 months extension of military service; Desertion is punishable by two to 12 months' imprisonment in case the deserter surrenders himself to the authorities.

Those who avoid call-up for military service are considered deserters. [10]

In 1996 the Tazi'rat (the Islamic criminal code) was amended to prescribe harsher punishments for several offences. Although draft evasion and desertion are not specifically mentioned in the Tazi'rat, it seems likely that some articles, notably arts. 504 and 509, apply to draft evasion and desertion. [2] [11]

According to art. 504: "Whoever manages to incite the armed forces, or who in one way or another assists the armed forces, to rebellion, desertion, surrender or non-performance of their military duties shall be considered a Muhaarib if he intended to overturn the government or to enable the defeat of own forces by the enemy; otherwise, if the actions taken by him have been effective he will be sentenced to from two to ten years' imprisonment, and if they are not, he will be sentenced to six months' to three years' imprisonment." **(A Muhaaribis someone who takes up arms against the Islamic government).**» Quelle: War Resisters' International (WRI), Iran, 5. April 1998: www.wri-irq.org/programmes/world_survey/reports/iran.